Peacebuilding : die koloniale Praxis des Staatsaufbaus : das Wissen basispolitischer Organisationen in Afghanistan

Autor(en): **Exo, Mechthild**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 70

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-781001

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mechthild Exo

Peacebuilding: die koloniale Praxis des Staatsaufbaus

Das Wissen basispolitischer Organisationen in Afghanistan

> «Es ist besser, ihr verschwindet ...
> Lasst uns in Ruhe mit unseren Feinden.
> Es ist unsere Verantwortung ... uns selbst zu befreien.»
> (Interview mit Zoya von der Frauenorganisation RAWA, 21.6.2008)

Seit 2009 stehe ich im Austausch mit basispolitischen Organisationen in Afghanistan. Ich greife in diesem Artikel deren Kritik am extern gesteuerten Aufbau seit der militärischen Intervention im Jahr 2001, dem sogenannten liberalen Peacebuilding, auf, um die epistemische Gewalt und den Eurozentrismus der Theorie und Praxis des liberalen Friedens zu verdeutlichen (siehe auch Exo 2017). Epistemische Gewalt ist Gewalt, die im Wissen und der Entstehung, Ausformung, Organisation und Wirkungsmacht von Wissen angelegt ist und die sich mit anderen gesellschaftlichen Gewaltformen verbindet (Brunner 2016). Mit dem selbstvergessenen Selbstverständnis europäischer Überlegenheit werden andere Erkenntnismöglichkeiten marginalisiert und das Wissen kolonialisierter Bevölkerungen delegitimiert. Ich stelle die Analysen der afghanischen Aktivist*innen zum Konflikt, zur Intervention, zum Staatsaufbau und zu einem möglichen Frieden den dominanten Erzählungen des liberalen Peacebuilding gegenüber. Die Kontraste und Kontroversen machen die eurozentrische Erzählung fragwürdig und zeigen ihren universellen Erklärungsanspruch als unhaltbar. Für eine solche Forschung ist eine epistemische und politische Positionierung auf der Seite der Kämpfe für dekolonialisierende Veränderungen notwendig, wie die Debatte zur Dekolonialisierung deutlich macht (Grosfoguel 2011; Decoloniality Europe 2013).

Dekolonialisierung von Wissen

Die Dekolonialisierung der westlich-akademischen Wissensformen, insbesondere in der Friedens- und Konfliktforschung, ist eine dringend notwendige, wenn auch äusserst schwierige Aufgabe, da sie sehr umfassend und tiefgreifend ist. Einige Projekte versuchen, in die bestehenden, kolonial durchdrungenen akademischen Institutionen hineinzuwirken. Andere arbeiten eher an der Demystifizierung von Forschung als exklusivem Gebiet hochspezialisierter, in der

Regel westlicher, weisser und männlicher Experten und bauen parallele Wissen(schaft)ssysteme auf.

Mit meiner Forschung zum Peacebuilding in Afghanistan habe ich eine Herangehensweise gewählt, die sich zwischen diesen beiden grundlegenden Ausrichtungen bewegt. Ich greife Wissen von basispolitischen Organisationen auf und behandle dieses als wissenschaftliches Material – davon ausgehend, dass dieses Wissen auf eigenen Methoden und Kriterien für die Gültigkeit und Güte beruht. Ich konfrontiere die dominante Wissensform, die das Peacebuilding legitimiert und leitet, mit dem Wissen basispolitischer Organisationen aus dem Zielgebiet der Intervention. Damit verfolge ich eine dekolonialisierende Strategie, die von Sandra Halperin (2006) vorgeschlagen, von Branwen Gruffydd Jones (2006) unterstützt und auch von Linda Tuhiwai Smith (2008) vertreten wird. Meine Forschung zielt darauf ab, das ausgeschlossene Friedens- und Konfliktwissen basispolitischer Organisationen in Afghanistan aufzugreifen und mit diesen nichteinfügbaren Erzählungen das liberale Peacebuilding zu konfrontieren und zu kritisieren.

Es geht bei dieser dekolonialen Strategie ausdrücklich nicht darum, «den Rest der Welt» in bestehende Theoriegebäude der internationalen Politik einzubinden – damit würde die eurozentristische Grundlegung nur verstärkt. Ich fülle also nicht Lücken der Theorie des liberalen Friedens, um zur Verbesserung der Peacebuilding-Programme beizutragen. Die Analysen und die Praxis der afghanischen Organisationen sind nicht einfügbar. Im Sinne Halperins beschreibe ich das liberale Peacebuilding in Afghanistan nicht vollständiger oder komplexer, sondern akkurat.

Der interventionistische liberale Staats- und Friedensaufbau wurde zum Standardansatz für Frieden in der internationalen Politik und zur Folie, vor der die Welt beurteilt wird (Richmond 2008). Mit der Annahme, globale Stabilisierung lasse sich durch das Schaffen marktwirtschaftlicher Demokratien erreichen, werden externe Eingriffe mit massiven gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungen nach neoliberalen wirtschaftlichen, politischen und auch zivilgesellschaftlichen Vorgaben legitimiert. Westliche Staaten werden als das überlegene liberale Modell und zudem als die Akteure des Wandels betrachtet. Es wird eine Hierarchie zwischen dem liberalen Selbst, das vermeintlich beschützt und stabilisiert, und dem nichtliberalen Anderen als passivem Empfänger geschaffen. Dieser Mythos wird durch die dekoloniale Forschung erkennbar.

Interventionistisch-koloniale Reorganisierung

Die Kritik der afghanischen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen am liberalen Peacebuilding setzt bereits beim sogenannten Petersberg-Gipfel Ende 2001 in Bonn an, bei dem die Grundlagen und Schritte für den Aufbau der neuen

Ordnung in Afghanistan verhandelt und beschlossen wurden. Durch den Einsatz von US-Streitkräften an der Spitze einer internationalen Koalition war kurz zuvor die Regierung der Taliban entmachtet worden. Die enge Kooperation der US-Regierung mit den Nordallianz-Fraktionen und deren Milizen aus den 1980er- und 1990er-Jahren wurde wiederbelebt, die Nordallianz erneut aufgerüstet, finanziell ausgestattet und zum Partner im Bodenkrieg gemacht. Zum Zeitpunkt der Verhandlungen in Bonn hatte die Nordallianz bereits die De-facto-Kontrolle von Kabul übernommen. Durch das Eingehen auf deren Wünsche wurden von den Verhandlungen zur Bildung der Übergangsregierung, die von den Vereinten Nationen organisiert waren, zahlreiche wichtige Akteure ausgeschlossen, wie etwa die Frauen- und Menschenrechtsorganisationen. Dieser Ausschluss relevanter Stimmen vereitelte von Beginn weg einen ergebnisoffenen Prozess der Verfassungs- und Regierungsbildung.

Auch inhaltlich war die Übergangsplanung keineswegs ergebnisoffen. Afghanistan wurde ungefragt eine nach westlich-kapitalistischem Muster gestrickte Staatsstruktur verordnet und neoliberale Marktbedingungen wurden in der Verfassung festgelegt. Nicht zuletzt kritisieren afghanische Aktivist*innen den Umgang von internationalen Expert*innen und Mitarbeiter*innen der Hilfsorganisationen mit der lokalen Bevölkerung. Wie in zahlreichen anderen «Entwicklungsregionen» präsentierten sich Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen sehr offen kolonial, in erschreckend harmonischem Einvernehmen über das gemeinsame Wirken am Entwicklungsprojekt Afghanistan. Dabei wird ein gemeinsam akzeptiertes Grundverständnis der Konflikt- bzw. Aufbausituation angenommen. Eurozentristische Normen für politische Ordnung und Entwicklung prägen die Analysekategorien und die Indikatoren, die beachtet werden.

Die Stimmen aus der afghanischen Gesellschaft werden dabei kaum wahrgenommen. Zum einen wird gehandelt, als ob es im Gebiet der Intervention kein relevantes Wissen für die eigenständige Analyse und Bearbeitung der Konflikte gäbe. Zum andern werden insbesondere feministische, linke, antimilitaristische, künstlerische und antiislamistische Bewegungen als für die Gestaltung von staatlicher Sicherheit und Frieden irrelevant diskreditiert.

Wie vielerorts hat auch in Afghanistan das liberale Peacebuilding weder Stabilität und Sicherheit noch eine funktionierende Demokratie hervorgebracht, die in der Gesellschaft Legitimität geniesst. Die grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerung nach Selbstbestimmung und Sicherheit, aber auch nach Nahrung, Wohnraum und Gesundheit werden nicht erfüllt. Vielmehr bestätigt sich zunehmend die Analyse des Marburger Politikwissenschaftlers Matin Baraki (2004), welcher die Lage in Afghanistan als Kolonie-ähnlichen Status beschreibt.

Politische Analysen von basispolitischen Organisationen

Für die weitere Analyse habe ich vier Organisationen aufgrund ihres politischen Profils ausgewählt: Die Frauenorganisation RAWA, die fortschrittliche Solidaritätspartei, die künstlerische Menschenrechtsorganisation AHRDO und die Social Association of Afghan Justice Seekers (siehe Kasten). Jede dieser Organisationen formuliert eine grundlegende Kritik an der zivil-militärischen Intervention durch internationale Akteure, ihren Modellen von Staatsaufbau, Stabilität bzw. Herstellung von Frieden. Alle entwickeln dazu basispolitische Aktivitäten. Zudem handelt es sich um Perspektiven von Organisationen, die sich antiislamistisch positionieren und für Frauenrechte, Gerechtigkeit, «wirkliche Demokratie», Selbstbestimmung und gegen ethnische Spaltungen eintreten. Jede der ausgewählten Organisationen baut selbstorganisierte Strukturen auf. Diese Auswahl spiegelt auch meine Beachtung der politischen Subjektivitäten, die sich nicht in den entpolitisierten Rahmen für vorgesehenes zivilgesellschaftliches Handeln einfügen.

Diese vier Organisationen zeigen eine nicht korrumpierte Haltung zur als kolonial begriffenen internationalen Militärpräsenz und zu der aufgezwungenen Staatenbildung, die sie zurückweisen.

Basispolitische Kontroversen zum liberalen Frieden

Im Afghanistan nach der Militärintervention 2001 dreht sich die Kritik basispolitischer Organisationen am liberalen Staatsaufbau um die Forderung nach «real democracy», also für tatsächliche, nicht scheinbare Entscheidungen durch die Bevölkerung. Der vom Westen implementierte «Demokratieaufbau» wird als ein scheinheiliges Label für eine Entwicklung entlarvt, die demokratische Möglichkeiten und die Selbstbestimmung der Bevölkerung über die Zukunftsgestaltung verhindert. So ruft die Solidaritätspartei Afghanistan (SPA) regelmässig zu Demonstrationen auf, um eine Bewegung für «real democracy, freedom and justice» (SPA 7.5.2012) aufzubauen. Die Wunden der Kriege bei den Menschen könnten von einer nicht repräsentativen Regierung, die von aussen gesteuert wird, nicht versorgt werden: «These mafias that pretend to be pro-democracy are actually wolves in sheep's skin.» (Ebd.) Die SPA kritisiert, die Interventionsstaaten hätten Verbrecher*innen gegen Frauen- und Menschenrechte an die Macht gebracht. «There can be no talk of democracy in our country until justice is meted out.» (SPA 28.4.2011) Solange das Land von denjenigen kontrolliert werde, die das Land zerstört hätten und die für schwerste Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen Verantwortung trügen, könnten weder Stabilität, Frieden, Frauenrechte noch Demokratie verwirklicht werden, erklären die vier Organisationen, jede auf unterschiedliche Weise. «Demokratie ohne Gerechtigkeit ist bedeutungslos» ist einer der Slogans auf Demonstrationen.

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS)

SAAJS ist ein Verband von Angehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Er formierte sich, als im Jahr 2007 klar wurde, dass die neue Regierung die Aufarbeitung der Verbrechen (TJ) trotz ihrer Verpflichtung durch internationale Menschenrechtsverträge und nationale Abkommen (TJ-Aktionsplan) nicht verwirklicht und die Untersuchung von entdeckten Massengräbern verhindert. Gleichzeitig wurde der Gesetzentwurf für ein generelles Amnestiegesetz diskutiert, das 2009 in Kraft gesetzt wurde. SAAJS engagiert sich gegen dieses Gesetz, gegen die Straflosigkeit für Täter*innen und für den Aufbau von Gedenk- und Erinnerungsorten.

www.saajs.com – victims.families@gmail.com

Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)

Die Hezbe Hambastagi oder Solidaritätspartei Afghanistan wurde 2004 gegründet, sieht ihre Wurzeln jedoch bereits in der linken bzw. linksrevolutionären Student*innenbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre. Die SPA hat über 30 000 Mitglieder, arbeitet in 27 der 32 Provinzen Afghanistans und strebt eine geschlechterparitätische Ämterbesetzung an. Seit 2009 organisiert die SPA Demonstrationen in verschiedenen Städten, macht Bildungsarbeit und arbeitet am Aufbau einer breiten Bewegung gegen die Besatzung. Sie grenzt sich explizit von allen islamistischen Organisationen ab und kämpft für die Amtsenthebung der zahlreichen Kriegsverbrecher*innen in der afghanischen Regierung. Die SPA tritt für Frauenrechte, Demokratie, Säkularismus, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität ein.

www.hambastagi.org – info@hambastagi.org
Sympathisanten der Solidaritätspartei Afghanistan in Europa e.V.: Facebook:
Hawakhwahane Hambastagi – sympathizersofspa@gmail.com

Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA)

RAWA ist als feministische Frauenorganisation seit 1977 kontinuierlich aktiv und verfügt über weit ausgreifende Strukturen wie Schulen, Waisenhäuser, ein derzeit nicht mehr bestehendes Krankenhaus, Wirtschaftskooperativen, eine Zeitung, ein diplomatisches Komitee für internationale Aussenkontakte u.v.m. Sie verbreitet politische Analysen und Hintergrundinformationen, kann jedoch nicht unter ihrem Namen auftreten. Die Drohungen gegen radikale Feministinnen erlauben es nicht, offen zu arbeiten. Dennoch organisiert RAWA in geschützten Räumen Veranstaltungen zum 8. März, dem Internationalen Tag der Kämpfe für Frauenrechte, und zu anderen Themen.

www.rawa.org – rawa@rawa.org

Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)

AHRDO wollte eigentlich Human Rights Home heissen, doch dieser Name war zu politisch, um für die NGO-Registrierung akzeptabel zu sein. AHRDO arbeitet als Menschenrechtsorganisation mit Methoden des Theaters der Unterdrückten und gemeinsam mit den gesellschaftlich am meisten marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Dies sind primär Opfer von Kriegsverbrechen und Frauen, vielfach Witwen. Sie beteiligen sich mit ihrer Arbeit zu Transitional Justice und Frauenrechten an politischen Bündnissen, Konferenzen und Strassenaktionen, machen aber auch Lobbyarbeit bei politischen Vertreter*innen aus dem In- und Ausland.

www.ahrdo.org – info@ahrdo.org

Die Frauenorganisation RAWA hatte zum Zeitpunkt der militärischen Intervention und der Bildung der Übergangsregierung im Herbst 2001 eindringlich und mehrfach davor gewarnt, den Vertreter*innen der Nordallianz, die zu Verbündeten des US-Militärs und seiner Alliierten gemacht wurden, Waffen, Geld und politische Macht zu geben. Statt einem Wiedererstarken dieser mehrheitlich islamistisch ausgerichteten Allianz, die zwischen 1992 und 1996 in einem internen Machtkampf die eigene Bevölkerung ethnisch gespalten, terrorisiert und massakriert hatte, forderte RAWA «the establishment of a broad-based government based on the democratic values» (RAWA 13.11.2001). Doch das wurde durch die Interventionsstaaten verhindert. Statt die für schwerste Verbrechen verantwortlichen islamistischen Organisationen von den UN-organisierten Verhandlungen zur Bildung der Übergangsregierung in Bonn auszuschliessen, wurde diesen die Mehrheit der Ministerien zugesprochen und auf eine Entwaffnung verzichtet. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde die für solche Verträge übliche Formulierung eines Verbots für generelle Amnestie auf Druck der Nordallianz aus dem Vertragsentwurf gestrichen (Rubin 2003). Massnahmen für Transitional Justice (TJ), also die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit, wurden nicht vereinbart – im Gegensatz zu weiteren UN-gesteuerten Friedens- und Übergangsverträgen in anderen Regionen wie dem Kosovo. RAWA nennt es Selbsttäuschung oder Scheinheiligkeit, wenn angenommen wird, Freiheit, Demokratie und Gleichheit könnten im Rahmen eines korrupten, auf religiösem Fundamentalismus aufgebauten, ethnochauvististischen System verwirklicht werden (RAWA 11.9.2002). Unmittelbar nach den Verhandlungen gab RAWA deshalb bekannt, dass der Kampf der organisierten Frauen darin bestehe, die Dominanz der Nordallianz zu brechen, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit für Afghanistan zu retten (ebd.; RAWA 10.12.2001).

Kriegsverbrecher ächten

In den Jahren 2002 bis 2005 erarbeitete die afghanische Menschenrechtskommission AIHRC zusammen mit UN-Vertreter*innen und der afghanischen Regierung einen Aktionsplan mit Massnahmen zur Vergangenheitsbewältigung. Die wesentlichen Vereinbarungen wurden aber nie umgesetzt. Massengräber wurden nicht untersucht, Erinnerungsorte nicht geschaffen. Statt die Kriegsverbrecher der verschiedenen Kriegs- und Herrschaftsphasen seit 1978 von den Wahlen auszuschliessen und vor Gericht zu stellen, wurde das Amnestiegesetz entworfen und installiert. Deshalb mobilisierten die Angehörigen der Opfer von Kriegsverbrechen ab 2007 gegen die Staatsdoktrin «past must be forgotten» (SAAJS-Erklärung, 10.12.2007). Sie erklärten, dass auch in Afghanistan eine Demokratie, die keine Gerechtigkeit schaffe, als defekt begriffen werden müsse, denn «wie im Rest der Welt» (ebd.) sehnten sich in Afghanistan die Menschen

nach Freiheit und Gerechtigkeit. Eine landesweite Studie (AIHRC 2005) zeigt, dass über neunzig Prozent der Bevölkerung die Entlassung von Kriegsverbrechern aus staatlichen Ämtern wünschen und gut drei Viertel eine juristische Verfolgung als wichtigen Schritt zu Versöhnung, Stabilität und Sicherheit erachten.

Die Social Association of Afghan Justice Seekers sammelt Zeug*innenaussagen über Menschenrechts- und Kriegsverbrechen und organisiert regelmässig zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember Demonstrationen in Kabul. Sie führt Gedenkfeiern an Massengräbern und Konferenzen durch. Ebenso vernetzt sie die Opfer der Verbrechen in lokalen Gruppen und führte bereits zwei grosse landesweite Versammlungen der Opfer durch, die «Victims' Jirgas». Doch deren Stimmen werden übergangen.

Ein zentrales, breit abgestütztes und sensibles gesellschaftliches Anliegen der afghanischen Bevölkerung ist es, die mit dem Staatsbildungsprozess zunehmend gefestigte Kultur der Straflosigkeit aufzuheben. Das zeigte sich 2014 in den «Road Maps for Peace», die von elf Netzwerkorganisationen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC) erarbeitet und der Regierung überreicht wurden. Diese Road Maps wurden in einem landesweiten Dialogprozess unter Beteiligung von 4648 Männern, Frauen und Jugendlichen aus allen 34 Provinzen erarbeitet. Sie fordern eine Beteiligung breiter Gesellschaftsschichten am Friedensprozess – insbesondere der Jugendlichen. Ausserdem konstatiert der Bericht einen weitgehenden Konsens, dass die Amnestie und Straflosigkeit für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen nicht fortbestehen soll: «People strongly recommended that those who have been accused of committing war crimes and crimes against humanity should be excluded from the peace process.» (Afghan People's Dialogue on Peace 2014, viii)

Im Jahr 2010 wurden, durch internationale Afghanistankonferenzen und insbesondere durch die US-Regierung politisch, finanziell und praktisch (Kontakte, Transporte, Haftentlassungen etc.) gestützt, offizielle Friedensverhandlungen der afghanischen Regierung mit den Taliban und mit der Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar aufgenommen, beides radikal-islamistische, bewaffnete Organisationen. Dieser Prozess mit dem Namen «Frieden und Versöhnung» schloss erneut die Opferorganisationen und weite Teile der Bevölkerung aus. Erneut basierten die Verhandlungen auf dem äusserst fragwürdigen allgemeinen Amnestiegesetz. Gulbuddin Hekmatyar – mit Beinamen «Schlächter von Kabul» – ist verantwortlich für die gezielte Ermordung von Frauenrechtler*innen und linken Aktivist*innen sowie für die jahrelange Bombardierung der Bevölkerung Kabuls, die mehrere Zehntausend zivile Todesopfer forderte. Dennoch wurde er 2016 ehrenvoll in die afghanische Regierung aufgenommen. Denn einmal mehr wird der Friedensprozess, wie zuvor der Staatsbildungsprozess, getrennt von einem Prozess der Transitional Justice behandelt (Gossman/Kouvo 2013).

Die Feministinnen von RAWA interpretieren es als Betrug an der afghanischen Bevölkerung, dass mit dem Ziel, eine Einigung am Friedenstisch zu erzielen, Hekmatyar in die Regierung integriert und Zugeständnisse an die Taliban gemacht wurden. Zuerst wurden die Verbrecher aus der Regierungszeit der sowjettreuen «Russian puppets» und von der Nordallianz im Rahmen des internationalen Statebuilding in Schlüsselpositionen der Regierung installiert, dann mit Hekmatyar und den Taliban diejenigen, die gegenwärtig mit ihren Terroranschlägen die Menschen tagtäglich bedrohen und zu Tausenden töten, als Söhne des Landes zur Machtbeteiligung eingeladen (RAWA 1.6.2010). Eine fremdbestimmte Situation wird immer tödlicher, schreibt RAWA zum Frauenkampftag des Jahres 2010, an dem die Versöhnungsverhandlungen beschlossen wurden. Sie erklären, dass mit der Integration aller Gewaltakteure, die damit vereint werden, eine koloniale Politik bequem praktiziert werden kann (RAWA 8.3.2010).

Auch die Solidaritätspartei argumentiert, dass der Einbezug von Taliban und Hekmatyar zeige, dass «the fate of our anguish and poor people has not a tiny value for America and allies, and puts it upon their colonial policy in every stage» (SPA 1.08.2010). Nach und nach würden immer mehr und immer grausamere Verbrecher an die Macht befördert (ebd.). Diese Kritik trägt die SPA auf zahlreichen Demonstrationen auf die Strasse. Wie auch die drei anderen genannten basispolitischen Organisationen geht die SPA davon aus, dass erst die Dominanz der Islamisten aufgehoben werden muss, bevor eine ernst zu nehmende Demokratie sich entwickeln kann.

Die Organisation AHRDO arbeitet mittels künstlerischen Methoden, insbesondere dem Theater der Unterdrückten, mit Witwen und anderen Kriegsopfern an der Aufarbeitung von Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen. In den Theaterworkshops werden die Betroffenen und am meisten Marginalisierten zur Selbstorganisierung ermutigt. Hier erfahren die Erlebnisse, das Leiden und die Bedürfnisse dieser Menschen Aufmerksamkeit. Das stärkt die Forderung nach Wahrheitssuche, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit, denn, so der Direktor von AHRDO, Hadi Marifat: Die Perspektive der Opfer ist entscheidend für das Gelingen eines Friedensprozesses. Statt die Taliban mit Straffreiheit, Wohlstand und politischer Macht zu bestechen, sollten sie nach Den Haag zum Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden, fordert er weiter. Weder die hohe Militärpräsenz noch die Integration von Kriegsverbrechern der Phasen 1978–1989 und 1992–1996 hätten zur Stabilität des Landes beigetragen. Würde Gerechtigkeit auf dem Weg zum Frieden ignoriert, trage das nicht zum Frieden bei.

Die Kämpfe selber führen und sich vernetzen

Die katastrophale humanitäre und menschenrechtliche Lage hat sich in Afghanistan im Verlauf der Intervention immer weiter verschlechtert. Der Alltag ist für

die breite Mehrheit der Bevölkerung zunehmend unerträglich. Dennoch gibt es in Afghanistan auch eine Geschichte des Widerstands und dieser ist bis heute lebendig. Über Jahrzehnte wurden demokratisch und revolutionär denkende Menschen von allen Seiten angegriffen und vernichtet. Das prägt auch die heutige Situation. Selay Ghaffar, Sprecherin der Solidaritätspartei, erklärte im Dezember 2016 auf einer Veranstaltung im deutschen Greifswald: «Wir sind schwach, aber wir haben die Kraft der Menschen hinter uns, wir sind mitten unter den Menschen und haben deren Unterstützung.» Die Aktivist*innen der SPA sind voller Hoffnung für zukünftige, positive Entwicklungen. Wer dies vernehmen möchte, kann die Stimmen der Frauenbewegung, der fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen hören. Ghaffar erklärte, dass das imperialistische Gesicht der internationalen Gemeinschaft längst aufgedeckt sei und es beinahe jeden Tag Proteste gebe. Die kurdische Bewegung wirkt inspirierend. Der erfolgreiche Widerstand gegen die Angriffe des IS («Islamischer Staat») in Kobanî, Rojava, wie auch die bedeutende Rolle, die Frauen in dieser Revolution einnehmen, sind wichtige Vorbilder und Hoffnungsschimmer für einen möglichen Aufstand in Afghanistan. Solche Vernetzungen und der Austausch von Basis zu Basis schaffen eine Grundlage für die Dekolonialisierung und eine Zukunft jenseits der kolonialen Matrix der Macht.

Literatur

Afghan Independent Human Rights Commission, 2005: A Call for Justice. A National Consultation on past Human Rights Violations in Afghanistan. Kabul

Afghan People's Dialogue on Peace, 2014: Building the Foundations for an Inclusive Peace Process. Local Road Maps for Peace, 10.6. Kabul

Baraki, Matin, 2004: Afghanistan nach den Taliban. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48, 24–30

Brunner, Claudia, 2016: Das Konzept epistemische Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie. In: Wintersteiner, Werner / Wolf, Lisa (Hg.): Friedensforschung in Österreich. Bilanz und Perspektiven. Klagenfurth, 38–53

Decoloniality Europe, 2013: Charter of Decolonial Research Ethics. decolonialityeurope.wixsite.com/decoloniality/charter-of-decolonial-research-ethics (Abfrage: 6.9.2017)

Exo, Mechthild, 2017: Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan. Bielefeld

Gossman, Patricia / Kouvo, Sari, 2013: Tell Us How This Ends. Transitional Justice and Prospects for Peace in Afghanistan. Afghanistan Analysts Network Thematic Report 02/2013. www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2013/06/2013-06_AAN_TransitionalJustice2.pdf (Abfrage: 28.9.2017)

Grosfoguel, Ramón, 2011: Decolonizing Post-Colonial Studies and Paradigms of Political-Economy: Transmodernity, Decolonial Thinking, and Global Coloniality. In: Transmodernity. Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World, Jg. 1, Nr. 1, 1–37

Gruffydd Jones, Branwen (Hg.), 2006: Decolonizing International Relations. Lanham/Plymouth

Halperin, Sandra, 2006: International Relations Theory and the Hegemony of Western Conceptions of Modernity. In: Gruffydd Jones, Branwen (Hg.): Decolonizing International Relations. Lanham/ Plymouth, Seiten 43–63

RAWA 2001; 2001; 2002; 2010: Verschiedene Artikel unter: www.rawa.org/rawa (Abfrage: 28.9.2017)

Richmond, Oliver, 2008: Reclaiming Peace in International Relations. In: Millennium. Journal of International Studies, Jg. 36, Nr. 3, 439–470

Rubin, Barnett R., 2003: Transitional justice and human rights in Afghanistan. In: International Affairs, Jg. 79, Nr. 3, 567–581

Smith, Linda Tuhiwai, 2008: Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples. London/New York

SPA 2011; 2012: Verschiedene Artikel unter: www.hambastagi.org/new/english-section (Abfrage: 28.9.2017)

LUXEMBURG 2/3 2017

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

MARX 200 Warum noch Marxist*in sein? | Klassenpolitik und universelle Emanzipation bei Marx | Gibt es noch ein revolutionäres Subjekt? | (Re)Produktionsweisen der kommenden Gegenwart | Kapitalozän | Gefährliche Klasse, Popkultur und Geschlecht

MIT BEITRÄGEN VON Elmar Altvater | Alain Badiou | Michael Brie | Luciana Castellina | Alex Demirović | Silvia Federici | Michael Hardt | Antonio Negri | David Harvey | Frigga und Wolfgang F. Haug | Ursula Huws | Rhian E. Jones | Christa Luft | Marcello Musto | Manfred Neuhaus | Mimmo Porcaro | Bernd Riexinger | Zhang Shuangli | Hans-Jürgen Urban | Gabriele Winker u.a.

Dezember 2017, 192 S., Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.)
KOSTENLOS ABONNIEREN: WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE